

Ortsamt Burglesum XVIII. Beirat

Niederschrift über die 32. Beiratssitzung am 25.02.2014

- Saal des Schulzentrums an der Bördestraße, Bördestraße 10, 28717 Bremen -
Beginn 19:00 Uhr – Schluss 21:45 Uhr –

Anwesend waren

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

R. Hennig, B. Köhlitz, I. Lauterbach-Wenig, H. Große-Lindemann, A. Strausdat,

R. Kurpjuhn -

B. Hornhues, B. Strecker, H. Lürßen-

B. Punkenburg, Dr. H. Schmidtman, E. Friesen, U. Schnaubelt -

A. Müller-Lang -

R. Tegtmeier -

F. Rath -

Herr Gerd Eweg, Leiter Polizeirevier Lesum

Frau Annette Schwier, Leiterin „Straßenverkehrsangelegenheiten“ Stadtamt Bremen

Herr Klaus Koch, Stadtplanung, Bauamt Bremen-Nord

Vorsitzender: Herr Ortsamtsleiter Boehlke

Protokoll: Frau Hell-Nogai

*

Öffentlicher Teil

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zunächst wird über die fristgerecht versendete Tagesordnung abgestimmt. **Herr Boehlke** teilt mit, das er am 19.02.2014 dem Sprecherausschuss einen Antragsentwurf zur Einsetzung eines nicht ständigen Ausschusses zur Gestaltung der vorgesehenen Fläche für Freizeit und Erholungsnutzung im Bebauungsplan 1274 vorgelegt hat. Der Entwurf ist den Beiratsmitgliedern in der letzten Woche zugegangen und liegt noch einmal in den Mappen.

Mehrheitlich hat man sich darauf verständigt, diesen in die heutige Sitzung einzubringen. Formal ist zunächst die Dringlichkeit des Antrages festzustellen. Es gibt keine Wortmeldungen hierzu. Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 1 Nein-Stimme angenommen und unter TOP 6 neu aufgenommen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 03. Dezember 2013

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürger/innen

2.1 Herr [REDACTED] im Namen der Bürgerinitiative „Grünes St. Magnus“

Die BI fordert, dass der Beirat das Bauamt Bremen-Nord zur Anlegung eines umfangreichen und detaillierten Baumkataster am Westrand von Knoops Park auffordert.

Herr Boehlke erläutert, dass im Rahmen der Bauleitplanung ein Baumkataster erstellt wird. Das Bauamt Bremen-Nord hat die Erstellung zugesichert. **Herr Boehlke** weist die seitens der Bürgerinitiative vorgeworfene Untätigkeit des Beirats daher entschieden zurück.

- 2.2 Herr [REDACTED] im Namen der Bürgerinitiative „Grünes St. Magnus“**
Die BI fordert den Beirat auf, eine Einladung zur nächsten Sitzung des Arbeitskreises Bremen-Nord bei der zuständigen Stelle zeitnah zu bewirken und den Antrag zu befürworten und zu unterstützen.
- 2.3 Herr [REDACTED] im Namen der Bürgerinitiative „Grünes St. Magnus“**
Die BI fordert, dass der Beirat bei SUBV anfragt, inwieweit die festgesetzten Baumfällungen für das Baugebiet Hoher Kamp eingehalten wurden. Die Ergebnisse sind der Öffentlichkeit mitzuteilen.
Die BI verweist auf einen noch nicht umgesetzten Beschluss des Umweltausschusses. Der Ausschuss für Umwelt des Beirates hätte in der Sitzung am 03.Juli 2012 eine zeitnahe Überprüfung durch SUBV beschlossen, inwieweit die Baumfällungen im Gut Hoher Kamp rechtmäßig seien. Es wäre seitdem noch nichts geschehen. Der Beirat wird aufgefordert, umgehend aktiv zu werden.
- Herr Boehlke** teilt mit, dass auch diese Aussage falsch ist. Die Ergebnisse sind dem Ortsamt zeitnah zugegangen und wurden vom Sprecherausschuss beraten. Der Beirat war somit nicht untätig und die Informationen sind zeitnah vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur Verfügung gestellt worden. Dem entsprechend wird Herr Boehlke mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr besprechen, ob diese Unterlagen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können und der Bürgerantrag somit beantwortet werden kann.
- 2.4 Herr [REDACTED] im Namen der Bürgerinitiative „Grünes St. Magnus“**
Die BI fordert, dass ihre Bürgeranträge auf einer öffentlichen Beiratssitzung behandelt werden.
- 2.5 Herr [REDACTED]:** Herr Zittlosen bemängelt den desolaten Zustand der Stader Landstraße insbesondere in Höhe / gegenüber des Obi-Marktes (Höhe Haus Nr. 71). Er fordert eine Reparatur der Fahrbahn.
- 2.6 Herr Zittlosen, Stader Landstr. 71:**
bittet um das Versetzen der Pfeiler in der Stader Landstr. Höhe Obi-Markt, und zwar um ca. 20 m weiter herauf, bevor die Einfahrt Obi-Markt anfängt, weil die Autofahrer immer noch direkt über den Fußweg an seiner Pforte vorbei fahren.
- TOP 3: Wünsche und Anregungen des Kinder- und Jugendbeirates**
- keine -
- TOP 4: Überwachung des ruhenden Verkehrs im Stadtteil Burglesum**
Hierzu eingeladen: Stadtamt, Polizeirevier Lesum
- Herr Boehlke** begrüßt zum Tagesordnungspunkt Frau Annette Schwier, Abteilungsleiterin „Straßenverkehrsangelegenheiten“ beim Stadtamt Bremen und Herrn Gerd Eweg, Leiter des Polizeireviers Lesum.

Der Vorsitzende erläutert zunächst die Thematik: Es gab eine Forderung des Regionalausschusses im Juli 2012, zwei feste Stellen von Verkehrsüberwachern in Bremen-Nord einzurichten.

In der Vergangenheit erreichten das Ortsamt immer wieder und zunehmend Hinweise aus der Bevölkerung, dass Autos widerrechtlich parken und dadurch den Verkehr behindern.

Hinweise werden von uns an die Polizei oder an das Stadtamt weitergegeben.

Das Stadtamt hat darauf hingewiesen, dass Bremen-Nord in der Überwachung des ruhenden Verkehrs ein „Sub-Zentrum“ sei und somit eine untergeordnete Rolle spiele. Diese Äußerung sorgte natürlich für Unmut.

Neue Hoffnung gab es durch das Konzept des Innensenators zur „Optimierung der Verkehrsüberwachung im ruhenden und fließenden Verkehr in der Stadt Bremen“. Nach Abzug der Personal- und Sachkosten sollen Mehreinnahmen von rund 1,4 Mio. Euro in 2014 bis 6,3 Mio. Euro in 2016 erfolgen.

Der Beirat möchte Informationen über die Abgrenzung der Tätigkeitsfelder zwischen Polizei und Stadtamt sowie eine Darstellung der Ist-Situation in Burglesum und wie die Situation in der Zukunft aussehen könnte.

Herr Eweg schildert dem Beirat, dass Bremer Polizei und das Stadtamt mit der Aufgabe der Überwachung des ruhenden Verkehrs betraut sind. Das Stadtamt ist für die grundsätzliche Überwachung zuständig und die Polizei, wenn die besondere Verkehrssituation es erfordert, wie z.B. Gefahren oder Behinderungen anderer Verkehrsteilnehmer. Jedoch hat das Stadtamt und die Polizei ein sehr enges „Personalkorsett“. Zur Zeit liegt bei der Polizei der Schwerpunkt auf die „dunkle Jahreszeit“. Dadurch ist weniger Personal für andere Delikte verfügbar.

Frau Schwier teilt mit, dass das Stadtamt personell schlecht besetzt ist. Natürlich findet täglich eine Überwachung statt, allerdings ist für Bremen-Nord nur ein/e Kollege/in eingeteilt. Insgesamt überwachen zur Zeit 18 Mitarbeiter den ruhenden Verkehr für das komplette Bremer Stadtgebiet, einige in Teilzeit. Geplant ist zum Jahresende eine erhebliche personelle Verstärkung im Norden. Zur Zeit bittet Sie um Verständnis.

Frau Hornhues erkundigt sich nach Schwerpunktgebieten in Bremen-Nord. **Frau Schwier** schildert, dass Schwerpunkte nach Beschwerdelage wahrgenommen werden.

Herr Rath findet, dass in Bremen-Nord kein so großes Problem mit dem ruhenden Verkehr vorhanden ist. Er sieht nicht so den großen Bedarf für eine verstärkte Überwachung. Er möchte von Herrn Eweg wissen, wie viel Strafzettel in Burglesum pro Jahr ausgestellt werden.

Herr Eweg erläutert, warum beobachtet werden kann, dass ein Streifenwagen nicht mal eben anhält, wenn er einen Parkverstoß sieht. Dafür verantwortlich sind bestimmte interne Prozessabläufe. Die Polizeistreife ist für Notrufe und für den Soforteinsatz eingeteilt, nicht für die Verkehrsüberwachung im Bezug auf ruhenden Verkehr. Wieviel Ordnungswidrigkeiten pro Jahr geahndet werden ist nicht bekannt.

Herr Hennig bittet darum, sogenannte Schwerpunkte verstärkt zu kontrollieren, wie z.B. die Umgebung Am Bahnhof St. Magnus oder rund um die Rotdornallee.

Frau Hornhues findet, dass künftig zwei Verkehrsüberwacher für Burglesum etwas wenig sind bei 100.000 Einwohnern in Bremen-Nord.

Herr Strecker erinnert, dass nicht nur mangelnde Überwachung, sondern auch beratungsresistente Pkw-Fahrer schuld an der Verkehrssituation sind. **Herr Friesen** findet, dass die Lage kein neues Problem in Burglesum ist. Die Pkw-Fahrer wüssten sehr genau, dass keine Überwachung stattfindet. **Frau Schnaubelt** ist der Ansicht, dass hier in Bremen-Nord geradezu paradiesische Zustände herrschen, in der Innenstadt ist es erheblich schlimmer.

Wortmeldungen aus dem Publikum zum Thema Spiegel im Verkehrsraum und aufgesetztes Parken in der Bördestraße. **Herr Rath** unterstützt die Forderung, dass

Bremen wieder Spiegel aufstellt. **Frau Hornhues** möchte, dass die Diskussion wieder zum Thema ruhenden Verkehr zurückkehrt.

Die Sitzung wird zur Beratung unterbrochen.

Beschluss: 14 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

Der Beirat Burglesum nimmt die Berichte zur Kenntnis. Er bekräftigt noch einmal den Beschluss des Regionalausschusses vom 11. Juli 2012 und fordert den Senator für Inneres und Sport respektive das Stadtamt auf, zur besseren Verkehrsüberwachung in Bremen-Nord zwei feste Stellen von Überwachungskräften im Außendienst für Bremen-Nord zeitnah einzurichten.

Das Stadtamt wird ferner gebeten, in Abstimmung mit dem Polizeirevier Lesum, den ruhenden Verkehr in bestimmten Straßenzügen intensiv zu überprüfen.

(Anmerkung: Die Benennung der Straßenzüge erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt durch das Ortsamt)

TOP 5: Arbeitsprogramm des Bauamtes Bremen-Nord für Burglesum für 2014 / 2015

Hierzu eingeladen: BBN

Herr Boehlke begrüßt Herrn Koch, Stadtplaner aus dem Bauamt Bremen-Nord und schildert, dass in der Vergangenheit ein mit dem Beirat abgestimmtes Arbeitsprogramm des Bauamtes Bremen-Nord für zwei Jahre aufgestellt wurde. Gemeinsam wurden Schwerpunkte in der Bauleitplanung entwickelt. Einige davon wurden abgeschlossen, weitere Projekte befinden sich aktuell in der Umsetzung.

Herr Koch stellt den Entwurf des Arbeitsprogramms für Burglesum (s. Anlage 1) vor.

Herr Hennig fragt, ob die Meyer-Werft und Knoops Park in Kategorie B bleiben, diese sollten in A eingruppiert werden. Er regt an, dass der Sportparksee in Kategorie B sollte.

Frau Schnaubelt bittet, aufgrund Erfahrungen im Hinblick auf Projekte zur Wohnbebauung, dass die Bevölkerung im Anfangsstadium rechtzeitig informiert wird um Unverständnis vorzubeugen und Betroffene nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Herr Koch versichert, dass es auch das Ziel des Bauamtes Bremen-Nord ist, den Kontakt zur Bevölkerung rechtzeitig herzustellen und Kontakt zu den Bürgern aufzunehmen. Im Rahmen des B-Plans 1277 wird z.B. der „runde Tisch“ wieder aufleben.

Frau Schnaubelt möchte wissen, ob auch Umweltbelange berücksichtigt wurden.

Frau Müller-Lang spricht das Gelände der ehemaligen Dreia-Werke und den ehemaligen Sportplatz an. Sie freut sich, dass dort Wohnbebauung und ein Nahversorger gewollt sind. Sie fragt nach den ehemaligen FC Burg Sportplatz, der nicht erwähnt wurde. Wie weit ist der Investor mit der Planung. **Herr Koch** teilt mit, dass die Fläche an den Investor verkauft wurde und erste Bauanträge beim Bauamt Bremen-Nord eingegangen sind. Der Plan ist bereits rechtskräftig.

Herr Strausdat vermisst den Bremer Industriepark. Die Äußerungen zum Sportparksee sind ihm nicht so ganz verständlich. Er weist darauf hin, dass der Industriepark langfristig ein Schwerpunkt für Industrie ist und das Gebiet schnell entwickelt werden soll. **Herr Koch** informiert darüber, dass der Bremer Industriepark seitens Bauordnung und Stadtplanung nicht im Zuständigkeitsbereich des Bauamtes Bremen-Nord liegt sondern in Bereich Bremer Westen.

Herr Dr. Schmidtman möchte zum Arbeitskreis des Bürgermeisters mitteilen, dass er mit diesem Kreis ein Problem hat. Herr Koch hat die Wohnbebauung angesprochen. **Herr Dr. Schmidtman** hat den Eindruck, dass der Arbeitskreis nicht paritätisch besetzt ist. Es fehlen entscheidende Mitredner, z.B. die Bürgerinitiative Grünes St. Magnus, oder BUND, NABU etc. Dadurch werden Entscheidungen getroffen, von denen er nicht glaubt, dass sie von dem Großteil der Bevölkerung getragen werden. Zum Wohnungsbau möchte **Herr Dr. Schmidtman** wissen, ob es Zahlen von Wohnungssuchenden gibt, die die Zahlen rechtfertigen. Er fragt daher, ob wirklich die Flächen an der Billungstraße gebraucht werden. Ist der Bedarf wirklich da, dass wertvolle Fläche weiter versiegelt wird.

Herr Koch bejaht den Bedarf für Wohnungen. Auch um die Bevölkerung insbesondere junge Menschen in Bremen zu halten. Es werden Flächen zur Innenverdichtung genutzt. Es wird sich auf Brachflächen konzentriert, diese sind im Fokus gerückt. Stadtrandgebiete sollen aber nicht neu ausgewiesen werden.

Herr Boehlke ergänzt, weil es sich um eine politische Frage handelt. Wenn man sich die Entwicklung in Bremen-Nord ansieht, die Bevölkerung wird älter, müssen junge Leute herziehen um die Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Der Ortsteil St. Magnus hat in letzter Zeit Zuwachs bekommen, daraus leitet er ab, dass dieser Ortsteil für junge Familien interessant ist.

Herr Dr. Schmidtman stimmt zu, dass jedem die Möglichkeit gegeben werden sollte nach St. Magnus zu ziehen. Es ist aber auch ein Abwägungsprozess, dieser sollte in erster Linie die Bürger, die schon dort wohnen, berücksichtigen.

Frau Schnaubelt fragt Herrn Koch, ob es direkte Zahlen über die Schaffung für neuen Wohnraum, insbesondere für Bremen-Nord gibt. Zum Beispiel, ob in Bremen-Nord 20% oder 30% neuer Wohnraum geschaffen werden muss.

Herr Koch verneint die Frage. Sicher liegt die stärkste Nachfrage auf die Innenstadt, aber durch die Anbindung der Bahn gibt es Interesse an Bremen-Nord / Burglesum. Viele aus der Innenstadt wollen in diesen Stadtteil ziehen.

Frau Schnaubelt findet es gefährlich, wenn man in Gebieten wie St. Magnus, wo die Menschen hinziehen, "weil es so ist, wie es ist", die vorhandenen Grundstücke teilt und daraus vier kleinere Grundstücke macht. Im Zuge dieser Umwandlung werden oft viele alte Bäume gefällt, die durch die Regelung "Gefahr in Verzug" nicht durch Neupflanzungen ersetzt werden müssen. Diese Entwicklung, die da drauf beruht, möglichst viel Gewinn aus den Grundstücken zu erzielen, sieht Sie als bedenklich an.

Herr Boehlke wendet ein, dass diese Schilderung übertrieben dargestellt ist. Frau Schnaubelt stellt fest, dass sie das darf und deshalb ja auch anregt, in einen Dialog zu gehen, damit dieses eben nicht passiert.

Herr Dr. Schmidtman ist es wichtig festzustellen, dass Flächen bebaut werden, die vorher der Allgemeinheit zur Verfügung standen und die Politik immer davon redet, dass Kinder weg vom Computer kommen sollen und nach draußen gehen sollen. Aber dann werden vielen Flächen, auch Sportflächen, zugebaut. Dies empfindet er als Skandal. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass man prüfen sollte, welchen Altbestand man in die Bedarfplanung integrieren kann. Er fragt Herrn Koch, ob es Zahlen über offenen Wohnraum gibt.

Herr Koch teilt mit, dass es diese Zahlen nicht gibt, dass wäre ja dann auch fast eine Planwirtschaft. Das Bauamt bedauert auch, dass Sportflächen bebaut werden, mittlerweile

treten jedoch Vereine an das Bauamt heran und sagen, dass sie wirtschaftlich dazu gehalten sind, die Flächen zu Bauland zu machen.

Frau Hornhues widerspricht Frau Schnaubelt, Wohnbauflächen werden nicht nur in St. Magnus ausgewiesen. Sie erinnert an die Beantwortung der Frage von Herrn Hennig zum Sportparksee. **Herr Koch** teilt mit, dass es zur Zeit keine Nachfrage gibt und der Druck zur Fertigstellung des Bebauungsplanes seitens Bauamt daher nicht gegeben war.

Herr Hennig möchte den Helsingborger Platz in die Kategorie A aufgenommen haben. **Herr Boehlke** sieht das als berechtigten Wunsch. Es wäre gut, wenn dieser Bereich städtebaulich aufgewertet werden kann.

Die Sitzung wird zur Beschlussberatung unterbrochen.

Beschluss Teil 1: 15 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet das Bauamt Bremen-Nord die dargestellten Projekte zeitnah zusammen mit dem Beirat abzuschließen bzw. zu beginnen.

Der Bebauungsplan 1270 übernimmt aufgrund seiner Möglichkeiten eine Schlüsselfunktion für die weitere Entwicklung des Ortsteils Grambke. Er ist demnach mit Priorität B zu versehen und die Fragen nach Ausgleichsforderungen sind zeitnah zu klären.

Im Bereich der Stadtentwicklung ist der Helsingborger Platz wieder aufzuführen und mit Priorität A zu versehen. Der jetzige Zustand des Platzes bedarf dringend einer städtebaulichen Aufwertung.

Beschluss Teil 2: 11 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

Die Weiterentwicklung des Sportparksees als Sport- und Erholungsgebiet steht in enger Verbindung mit der Vertiefung und der Erweiterung des Sportparksees. Es ist daher zu prüfen, ob der Bebauungsplan 1231A in die Priorität B aufgeführt werden kann.

TOP 6: Einsetzung eines nicht ständigen Ausschusses zur Gestaltung der vorgesehenen Fläche für Freizeit und Erholungsnutzung im Bebauungsplan 1274

Herr Boehlke teilt mit, dass der Antragsentwurf in den Mappen der Beiratsmitglieder liegt.

Er verliest den Entwurf und fragt nach Wortmeldungen.

Herr Dr. Schmidtman begrüßt die Einrichtung des Ausschusses als positives Signal, wird aber nicht zustimmen, weil die Fläche für Freizeit ausgespart wird, weil sie für Bebauung vorgesehen ist. Er möchte diese Fläche im Antrag integriert haben. Es fehlen ihm die Einrichtungen Parkschutzaktion und AG Bremer Schweiz.

Herr Rath stellt fest, dass mit der Einsetzung des Ausschusses ein „Riesenfass“ aufgemacht wird. Es geht nicht mehr darum ob, sondern nur noch wie dort etwas für Freizeit gemacht wird. Er fragt sich, wie das bezahlt werden soll. Im Stadtteil gibt es schon genug große Probleme. Jetzt wird eine Fläche beplant, die seines Erachtens nur für die Interessenvertretung des Besserverdienenden grünen Bildungsbürgertums ist. Er möchte, dass zunächst festgestellt wird, ob dies überhaupt bezahlbar ist. Er wird den Antrag ablehnen und nicht im Ausschuss arbeiten, da er sowieso stimmrechtslos ist.

Herr Boehlke schildert nochmals, warum die Fläche zur Bebauung ausgespart wurde: Es wurde in der letzten Einwohnerversammlung mehrfach deutlich gesagt, dass man bei der Fläche, die bebaut werden soll, nicht mehr über das ob, sondern das wie bebaut wird, spricht.

Frau Schnaubelt findet im Prinzip gut, dass der Ausschuss gestartet wird. Möchte aber wissen, ob man im Rahmen der Bauleitplanung die Bevölkerung mit einem anderen Arbeitskreis einbinden kann.

Herr Boehlke teilt mit, dass man sich auf der Einwohnerversammlung auf einen verbindlichen Fahrplan verständigt hat mit den anwesenden Bürgerinnen und Bürgen.

Zunächst erfolgt eine Abstimmung über den Änderungsvorschlag von Herrn Dr. Schmidtman, den Arbeitskreis auf die Gestaltung der vorgesehenen Fläche für Freizeit und Erholungsnutzung im Bebauungsplan 1274 auf die Wohnbaufläche zu erweitern.

Ergebnis: abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Es folgt ein weiterer Antrag von Herrn Dr. Schmidtman.

Es folgt vor der Abstimmung eine Diskussion darüber, ob die Institutionen AG Bremer Schweiz und Parkschutzaktion „Pascha“ in den Kreis der Gäste aufgenommen werden sollen:

Frau Müller-Lang regt an, den Tagesordnungspunkt zu vertagen. **Herr Boehlke** erinnert, dass zu Beginn der Sitzung die Dringlichkeit des Antrages festgestellt wurde und der Beirat sich in der Antragsberatung befindet. Er fragt Frau Müller-Lang, ob es sich bei der Anregung um einen offiziellen Antrag handelt. Dies bejaht Frau Müller-Lang. **Herr Boehlke** lässt daher zunächst darüber abstimmen, die Beratung auszusetzen.

Ergebnis: abgelehnt bei 2 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen

Es wird in der Beratung fortgefahren.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag von Herrn Dr. Schmidtman darüber, ob die Institutionen AG Bremer Schweiz und Parkschutzaktion „Pascha“ in den Kreis der Gäste aufgenommen wird.

Ergebnis: abgelehnt bei 5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Abschließend wird über den Antragsentwurf abgestimmt.

Beschluss: 12 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

Der Beirat Burglesum setzt nach Paragraph 23, Abs. 1 und Abs. 3 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter zur Begleitung der Bauleitplanung zum Bebauungsplan 1274 einen nicht ständigen Ausschuss bis zum Ende der Legislaturperiode ein.

Der Ausschuss hat das Ziel, die im Bebauungsplan vorgesehene Fläche für Freizeit und Erholungsnutzung im Dialog mit einzelnen Institutionen zu entwickeln und einen gestalterischen Vorschlag im Rahmen der Bauleitplanung zu erarbeiten. Als Grundlage sollen die Ideenvorschläge der Bürgerinitiative „Grünes St. Magnus“ und des Fördervereins Knoop's Park e.V. dienen.

Die Größe des Ausschusses wird auf sieben Mitglieder festgelegt. Weitere Gäste des Ausschusses mit Rederecht sollen je ein Vertreter/ eine Vertreterin folgender Institutionen sein:

Bürgerinitiative „Grünes St. Magnus“
 Förderverein Knoop's Park e.V.
 Blindengarten Bremen e.V.
 Seniorenvertretung (Mitglieder aus Burglesum)
 Kinder- und Jugendbeirat Burglesum
 BUND e.V.
 NABU e.V.
 Bras e.V.

Es folgt die Wahl der Ausschussmitglieder. **Herr Boehlke** erklärt zunächst das Wahlverfahren: Die Zusammensetzung des Ausschusses erfolgt nach Sainte Lague / Schepers-Verfahren gemäß § 17, Absatz 3 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter.

Bei 7 Mitgliedern fallen damit 3 Sitze an die SPD und jeweils 2 Sitze an die CDU und dem Bündnis 90 / Die Grünen.

Die Linke und FDP können durch die Entsendung nach § 23, Absatz 5 (mit beratender Stimme) an den Ausschuss teilnehmen, das gleiche gilt für Herrn Rath als parteiloses Beiratsmitglied. Die Besetzung erfolgt im Rahmen des Zugriffsrechtes. Die Anzahl der sachkundigen Bürger darf nicht höher sein, als die der Beiratsmitglieder. Die einzelnen Mitglieder werden nun gewählt.

	Vorschlagsrecht	Vorschlag	Ergebnis
1.	SPD	R. Hennig	Gewählt bei 12 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen
2.	CDU	M. Hornhues	Gewählt bei 15 Ja-Stimmen und 1 Enthaltungen
3.	Bündnis 90 / Die Grünen	U. Schnaubelt	Einstimmig
4.	SPD	B. Köhlitz	Gewählt bei 13 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen
5.	CDU	H. Lürssen	Gewählt bei 15 Ja-Stimmen und 1 Enthaltungen
6.	Bündnis 90/ Die Grünen	B. Punkenburg	Einstimmig
7.	SPD	W. Wolak	Gewählt bei 13 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen

TOP 7: Mitteilungen des Ortsamtes

7.1 Herr Boehlke teilt die **Höhe der Beiratsmittel 2014** mit: Es gibt einen Gesamtbetrag i. H. v. 57.010,60 €, zur Verfügung stehen 54.160,07 € (95%), 2013 standen 56.987,48 € und 54.138,10 € (95%) zur Verfügung.

7.2 Wegfall von Impulsmitteln in 2014 und 2015: Die veranschlagten Mittel sollen für den Ausbau von Kita-Plätzen und Ganztagschulen zur Verfügung gestellt werden.

7.3 Die **Beirätekonferenz** tagt am 6.3.14 um 17:00 Uhr

7.4 Das Wahlamt sucht **Wahlhelfer für die Europawahl** am 25.05.14.

TOP 8: Mitteilungen des Beiratssprechers

-keine-

TOP 9: Wünsche und Anregungen in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

- 9.1** **Frau Schnaubelt** merkt an, dass in der Hindenburgstraße, wenn man von der Schneiderstraße abbiegt, das 30er-Schild nicht gesehen werden kann.
- 9.2** **Herr Hennig** regt an, dass die Kanalschächte in der Straße Am Ihletal nachgebessert werden müssen.

Herr Boehlke schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:30 Uhr.

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Hennig
stellv. Beiratsprecher

gez. Hell-Nogai
Protokoll